

# **Eine untragbare Belastung**

**Ehemalige NationalsozialistInnen in der KPÖ**

**by Manfred Mugrauer, 1977–**

**Veröffentlicht: 2017**

In: Zeithistoriker—Archivar—Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider und Christine Schindler im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz.



Schenkt man jenen Gerüchten Glauben, die wenige Wochen nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus in Kreisen des Wiener Bürgertums kursierten, so standen die Tore der Kommunistischen Partei Österreichs bereits im Jahr 1945 weit offen für ehemalige Mitglieder der NSDAP. Dieser überraschende Befund— nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die KPÖ die Hauptlast des antifaschisti-

schen Widerstands getragen hatte—spiegelt sich auch in Geheimdienstberichten der westlichen Alliierten wider, und verstärkt in der antikommunistischen Polemik, die in den folgenden Jahren seitens der SPÖ einsetzte.

An diese Wahrnehmungen als angeblich authentische Zeugnisse anknüpfend, gilt es auch in der wissenschaftlichen Forschung als gesichert, dass NS-MitläuferInnen in der KPÖ eine neue politische Heimat fanden.<sup>(1)</sup> Ziel dieses Beitrags ist es, diese Berichte mit den vorhandenen KPÖ-internen Quellen zu konfrontieren. Auf dieser Basis soll ein Bild über die konkreten Modalitäten einer möglichen Aufnahme früherer ParteigängerInnen der NSDAP in die KPÖ gewonnen werden, sowie über die tatsächliche Anzahl der „Ehemaligen“, die in den Nachkriegsjahren Mitglied der KPÖ werden konnten.

### **„Unterschlupf“ für ehemalige NationalsozialistInnen?**

Bereits am 4. Mai 1945, wenige Wochen nachdem sich ÖVP, SPÖ und KPÖ als legale Parteien formiert hatten, vertraute der konservative Diplomat Josef Schöner seinem Tagebuch die Nachricht an, „daß sich die Nazis ungeniert in die Parteien drängen und daß besonders die KP unter ihren neu aufgenommenen Mitgliedern besonders viele Pgs“ (Parteigenossen) zähle.<sup>(2)</sup> Zwei Tage später fand eine Unterredung von Beamten des Auswärtigen Amtes mit Franz Sobek statt, der sich im Bundeskanzleramt dem Wiederaufbau der Beamtenschaft widmete. Hier wusste Sobek zu berichten, dass die Nazis bereits „einen großen Teil der derzeitigen Mitglieder“ der KPÖ in Wien ausmachen würden, was sowohl im Tagebuch von Schöner als auch in jenem von Heinrich Wildner, dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Eingang fand.<sup>(3)</sup> Mitte Juni wiederholte Schöner seine Einschätzung, dass die „beträchtliche“ Anzahl an KPÖ-Mitgliedern in Wien vor allem auf „Mitläufer“ zurückzuführen sei, „darunter besonders viele Nazis“, die nun in der KPÖ „Unterschlupf“ suchen würden.<sup>(4)</sup> Auch der spätere Finanzminister und Präsident der Nationalbank Eugen Margarétha (ÖVP) wollte sich im August 1945 nicht „von den radikalen Kommunisten ins Schlepptau“ nehmen lassen, da diese doch „auf der anderen Seite die ärgsten Nazis in ihre Partei hineinnehmen“ würden, wie er in sein Tagebuch notierte.<sup>(5)</sup>

Im Dezember 1946 forderte der SPÖ-Politiker und Linzer Bürgermeister Ernst Koref im Parlament die „Registrierung der kommunistischen Nazi oder der nazistischen Kommunisten“, um der kommunistischen Kritik am Umgang von SPÖ und ÖVP mit der „Nazifrage“ und am schleppenden Fortgang der Entnazifizierung zu begegnen.<sup>(6)</sup> 1948 und 1950, am ersten Höhepunkt des Kalten Krieges, wurde in SPÖ-Polemiken gar behauptet, dass die KPÖ bereit gewesen sei, „jeden gewesenen SA-Sadisten“ sowie „nicht wenige ehemalige Nazi, unter ihnen brutale Gewalttäter, Eigentumsverbrecher und Korruptionisten“, in die Partei aufzunehmen.<sup>(7)</sup>

Mitteilungen über die Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die KPÖ waren auch ein fixer Bestandteil jener Berichte, die Mitarbeiter US-amerikanischer und britischer Dienststellen ab Juni 1945 anfertigten, nachdem sie im Rahmen der „Vienna Mission“ erstmals zur Prüfung der Lage nach Wien gelangt waren. Ihnen ist gemein, dass die Quellenbasis schmal war und sie über Gerüchte und Wahrnehmungen einzelner angeblich „fairly reliable sources“<sup>(8)</sup> kaum hinaus kamen.

Stichwortgeber waren vor allem SPÖ-Politiker, die „with alarm the policy of the Communists to recruit former Nazi members“ beobachteten.<sup>(9)</sup> So hielt ein britischer Report der „Vienna Mission“ vom Juni 1945 fest, dass die KPÖ vor allem deshalb ihre Reihen mit ehemaligen Nazis stärken wollte, da sie gegenüber ÖVP und SPÖ mitgliedermäßig weit zurück sei.<sup>(10)</sup> „[...] the communists have not much to show, but are getting many members who were formerly Nazis“, war zur selben Zeit in einem Bericht des US-Geheimdienstes OSS (Office of Strategic Services)—gestützt auf Informationen von Schweizer Diplomaten—zu lesen.<sup>(11)</sup> Fernab der tatsächlichen organisatorischen Entwicklung der KPÖ argumentierte der OSS-Offizier Charles W. Thayer, dass die Partei deshalb ehemalige Nazis in ihre Reihen integrieren wolle, weil sie sonst niemanden für eine Mitgliedschaft begeistern könne.<sup>(12)</sup>

Und auch in einem Bericht britischer Provenienz vom 24. Juli 1945 wurde hervorgehoben, dass unter den etwa 12.000 bis 15.000 KPÖ-Mitgliedern in der Steiermark „viele frühere Nazi“ sein sollen.<sup>(13)</sup>

Die einzige bislang veröffentlichte Quelle „aus erster Hand“ war der kommunistische Leiter der Staatspolizei, Heinrich Dürmayer, der im August 1945 immerhin mitteilte, dass „the little harmless Nazi party members [...] would be given a chance to come in and prove themselves“.<sup>(14)</sup> Ein viel zitiertes Interview von Martin F. Herz, einem politischen Offizier der US-Armee, mit Ernst Fischer am 2. August 1945, in dem sich der kommunistische Staatssekretär angeblich dafür ausgesprochen haben soll, die „Mitläufer“ in die KPÖ zu integrieren,<sup>(15)</sup> gibt in Wahrheit—bei genauer Lektüre der Originalquelle—nur über die allgemein bekannte Linie der KPÖ Auskunft, politisch inaktive MitläuferInnen der Nazi-Partei („basically non-political hangers-on the Nazi party“) am demokratischen Wiederaufbau teilhaben zu lassen und sie nicht grundsätzlich vom politischen Leben auszuschließen.<sup>(16)</sup> Bemerkenswert ist auch, dass jene beiden US-Berichte aus 1945, in denen seitens der KPÖ-Führung dementiert wurde, dass um den Beitritt ehemaliger Nazis geworben werde, in bisherigen Forschungen keine Berücksichtigung gefunden haben. So wurde Anfang September nach einem Interview mit KPÖ-Sekretär Friedl Fürnberg festgehalten:

„He denies reports that the Communists were offering memberships to minor Nazi who were willing to denounce their past actions.“<sup>(17)</sup> Wenige Tage später äußerte sich auch das Hauptquartier der US-Streitkräfte über die Stellung der KPÖ zu dieser Frage: „The party states that it will not admit to membership former NSDAP members nor members of NSDAP formations or affiliated organizations.“<sup>(18)</sup>

### **Aufnahme in begründeten Ausnahmefällen**

Unbestritten ist, dass im Jahr der Befreiung—aus zweierlei Gründen—auch frühere Mitglieder der NSDAP zur KPÖ stießen. Zum einen entwickelte sich die KPÖ, eine in der Ersten Republik stets kleine politische Kraft, im Laufe des Jahres 1945 zu einer Massenpartei mit über 100.000 Mitgliedern. Die Anzahl ihrer Mitglieder war nach dem Februar 1934 infolge des Übertritts tausender ehemaliger

SozialdemokratInnen zunächst auf etwa 16.000 angewachsen; im April 1945 trat die Partei mit etwas mehr als 24.000 Mitgliedern aus der Illegalität heraus.<sup>(19)</sup> Die KPÖ präsentierte sich fortan als antifaschistisch-demokratische Aufbaupartei, deren Aufnahmekriterien nicht allzu eng gefasst werden sollten, ging es ihr doch darum, sich zu einer in allen Bevölkerungsschichten verankerten „Volkspartei“ zu entwickeln. Eine Begleiterscheinung des sprunghaften Wachstums war, dass eine große Anzahl an OpportunistInnen, AbenteurerInnen und KonjunkturritterInnen zur KPÖ stieß, darunter auch Kriminelle und ehemalige Mitglieder der NSDAP, die—zum Schaden der Partei—als KommunistInnen auftraten, mitunter gedeckt von lokalen Autoritäten der Besatzungsmacht. So agierte etwa in Wien-Neubau mit Franz Wesecky ein ehemaliges illegales NSDAP-Mitglied zunächst als kommunistischer Bezirkspolizeichef, der im Oktober 1945 ebenso wie der kommissarische Verwalter der Lichtspieltheater, Hans Nord, ein ehemaliger SS-Mann, aus der Partei ausgeschlossen wurde. In beiden Fällen wurde dieser „Selbstreinigungsprozess“ auch öffentlich plakatiert: „Mit reinen Händen ist die Kommunistische Partei aus der Illegalität hervorgegangen, reine Hände wollen und werden wir behalten.“<sup>(20)</sup> Im Waldviertel setzte sich ein deutscher SS-Mann an die Spitze einer Organisation, die sich skurrilerweise „Sektion Waldviertel der Kommunistischen Internationale“ nannte.<sup>(21)</sup> Die KPÖ stand damit vor der Aufgabe, das zum Teil unkontrollierte Wachstum organisatorisch zu bewältigen und ein System der Überprüfung ihrer Mitglieder zu finden, um sich von jenen „dunklen“ Elementen, die sich in ihren Augen in die Partei „eingeschlichen“ hatten, wieder zu trennen. Im Zuge der nun einsetzenden „Säuberung“ der Partei erfolgten zahlreiche Ausschlüsse „wegen krimineller Delikte“ und gegen „Nazis, die sich in unsere Partei eingeschlichen hatten und untragbar waren“, wie 1946 resümierend festgehalten wurde.<sup>(22)</sup>

Neben den NationalsozialistInnen, die ihre politische Vergangenheit vor der KPÖ verschwiegen und sich in die Partei „einschlichen“, gab es 1945 aber auch „reguläre“ Aufnahmen von früheren NSDAP-Mitgliedern in die KPÖ. Eine Tatsache, die angesichts der grundsätzlichen politischen Haltung der Partei gegenüber den „Ehemaligen“ nicht zu verwundern vermag: So wurde auf der einen Seite die rigorose Bestrafung der Kriegsverbrecher und der nazistischen Hauptschuldigen in Staat, Wirtschaft oder Gesellschaft gefordert, die Massen der „Schwachen und Irregeleiteten“<sup>(23)</sup> hingegen sollten so rasch wie möglich zur Mitarbeit am demokratischen Österreich herangezogen werden. „Tod den Kriegs- und Naziverbrechern! Gewinnung der einfachen Mitglieder und Mitläufer zu ehrlicher Mitarbeit an einem neuen Österreich!“, lautete die Parole, die der Hauptsprecher der Partei in der „Nazifrage“, Ernst Fischer, im Juni 1945 ausgab.<sup>(24)</sup> Als organisationspolitische Konsequenz dieser Politik sprach die KPÖ im Jahr 1945—im Unterschied zur KPD<sup>(25)</sup>—kein kategorisches Verbot für nationalsozialistische MitläuferInnen aus, Mitglied der Partei zu werden.

Trotz der insgesamt großzügigen Aufnahmekriterien stand aber von Beginn an fest, dass die politische Vergangenheit aller BeitrittskandidatInnen offen gelegt werden müsse. So war bereits in einem am 19. April 1945 ausgegebenen Fragebogen für neue Mitglieder die Zeile „Waren Sie Parteianwärter, Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, wie SA, SS, NS-Frauenschaft, NSKK, HJ usw.“ enthalten. Die Frage nach dem Verhalten der Mitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus blieb auch in den folgenden Jahren ein fixer Bestandteil der Beitrittserklä-

rungen und standardisierten Fragebögen für Neuaufnahmen. Eine erste Festlegung, wie mit den einlangenden Aufnahmege-suchen von „Ehemaligen“ umzugehen sei, erfolgte bereits am 23. April 1945, als Landesobmann Josef Lauscher im Rahmen der zweiten Bezirksleiterkonferenz eine Mitgliedschaft in der KPÖ für all jene nicht ausschloss, die „Antifaschisten sind und keine Funktion in der NSDAP hatten“.<sup>(26)</sup> Ähnliche Regelungen trafen in diesen Tagen untere Parteieinheiten, die offenbar noch über keinen Kontakt zu den sich formierenden Leitungen verfügten. „Die Aufnahme der Mitglieder gilt an alle, auch an Nationalsozialisten, welche keine Funktion gehabt haben“, findet sich beispielsweise in einem Anfang Mai 1945 angefertigten Protokoll einer Parteiversammlung im niederösterreichischen Pottschach (heute Gemeinde Ternitz, Bezirk Neunkirchen).<sup>(27)</sup>

KPÖ-interne Quellen liefern zwar keinen Hinweis darauf, dass im April und Mai 1945 ehemalige NSDAP-Mitglieder in großer Zahl zur KPÖ strömten; fest steht aber, dass sich im Zuge des Aufbaus der Parteiorganisation frühzeitig die Notwendigkeit erwies, ein für alle Parteieinheiten verbindliches Reglement zu beschließen. Bereits in seiner ersten groß angelegten Rede vor AktivistInnen der Wiener Parteiorganisation ging Johann Koplenig auf diese Frage ein und gab am 13. Mai 1945 jene Linie vor, die für die gesamte Partei bestimmend blieb: „Ehemalige Mitglieder der NSDAP können normalerweise nicht Mitglied unserer Partei werden“, so der Vorsitzende der Partei zur grundsätzlichen Haltung der KPÖ. Sollte jedoch „ein wirklich begründetes Ansuchen“ vorliegen, etwa wenn ein früheres Mitglied „schon lange illegal in unserer Organisation tätig war“, so müsse die Bezirksleitung „ein ausführliches Gutachten abgeben und den betreffenden Fragebogen der Stadtleitung einsenden“.<sup>(28)</sup> Indem sich die Stadtleitung die Bearbeitung solcher Aufnahmeansuchen vorbehielt, war einem unkontrollierten Zustrom früherer NationalsozialistInnen bereits ab Mai 1945 auf der formellen Ebene ein Riegel vorgeschoben.

Auch mehrere Rundschreiben der Wiener Stadtleitung geben darüber Aufschluss, unter welchen Bedingungen die KPÖ im Jahr 1945 bereit war, unbelasteten NS-MitläuferInnen die Mitgliedschaft in der Partei zu ermöglichen. So wurde Anfang Juni unterstrichen, dass die von ehemaligen NSDAP-Angehörigen ausgefüllten Fragebögen gesondert zu behandeln und der Stadtleitung zu übermitteln seien, da sich diese weiterhin „in jedem Einzelfall die letzte Entscheidung“ vorbehalte. In erster Linie sollten dabei „solche Bewerber in Frage kommen, die sich, durch Bürgen bestätigt, bereits antifaschistisch betätigt haben“.<sup>(29)</sup> Gemäß dieser Festlegung wurde beispielsweise ein Parteanwärter der NSDAP, der 1941 wegen seiner Mitgliedschaft in einer kommunistischen Betriebszelle verhaftet und 1942 vom Oberlandesgericht Wien zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, erst nach Befürwortung durch die Bezirksleitung und Bestätigung durch die Stadtleitung in die KPÖ aufgenommen.<sup>(30)</sup>

Da es bis zu diesem Zeitpunkt vereinzelt auch zu Aufnahmen ehemaliger NationalsozialistInnen gekommen war, ohne eine solche Genehmigung der Stadtleitung einzuholen, wurde Anfang Juli 1945 beschlossen, dass alle Bezirksorganisationen eine Aufstellung der bisherigen Aufnahmen anzufertigen hätten. Registrierungspflichtige Parteigenossen sollten von ihren Aufgaben innerhalb der KPÖ entbunden werden.<sup>(31)</sup> Ende Juli 1945 wurde die Haltung der Partei in einem Rundschreiben an die Wiener Parteiorganisationen noch einmal präzisiert: Nachdem einleitend erneut die Grundmaxime betont wurde, dass frühere NSDAP-Mitglieder

„normalerweise nicht Mitglieder unserer Partei werden“ können, waren Ausnahmen schließlich „nur in wirklich begründeten Einzelfällen“ vorgesehen, nämlich erst dann, wenn das Ansuchen der Aufnahmewerber um eine „Rehabilitierung und Streichung aus der Registrierungsliste“ bereits genehmigt wurde. „Es wäre für uns eine untragbare Belastung, wenn wir registrierte Nationalsozialisten ohne zwingenden Grund als Parteimitglieder hätten“, so die unmissverständliche Haltung der Wiener Stadtleitung. Erst nach erfolgter Entregistrierung sollten die Anträge mit den erforderlichen Beweisunterlagen und der Stellungnahme der Bezirksleitung an die Stadtleitung zur Überprüfung und Genehmigung übermittelt werden. Selbst Familienangehörige von registrierungspflichtigen Nazis sollten „genau überprüft werden vor ihrer Aufnahme“, da feststehen müsse, dass sie „von der Parteimitgliedschaft der Familienmitglieder nicht profitiert haben und sich von der NS-Bewegung fernhielten.“<sup>(32)</sup>

Wie konsequent, ja rigide diese Regelung umgesetzt wurde, zeigt das Beispiel von Friedrich P., dessen Gattin von April bis Mai 1938 sieben Wochen wegen kommunistischer Betätigung in Haft war. „Um seine Frau vor weiterer Verfolgung zu schützen, wurde er Mitglied der NSDAP“, argumentierte die für ihn zuständige Gebietsleitung.<sup>(33)</sup> Er selbst sei seit April 1939 „aktives Mitglied“ der KPÖ in Ober St. Veit (Hietzing) gewesen und auch nach der Befreiung sogleich wieder in seiner Sektion aktiv geworden. Am 19. Juni verfügte die Wiener Stadtleitung, dass er dennoch „auf keinen Fall“ vor seiner Entregistrierung in die Partei aufzunehmen sei.<sup>(34)</sup> Und selbst als im Oktober 1945 seine Entregistrierung genehmigt wurde, hielt die Stadtleitung dezidiert fest: „Es muss durch die dortige Kaderabteilung trotz der Ausregistrierung genau überprüft werden, ob dieser Mann auf Grund seiner politischen und moralischen Vergangenheit würdig ist, in unsere Partei aufgenommen zu werden, wie sein Ansehen und Ruf innerhalb seines Wohnortes, Betriebes und in erster Linie der Sektion bzw. der Zelle ist, der er angehören würde.“<sup>(35)</sup>

Dass die Frage auch in den folgenden Wochen nichts an Aktualität und Brisanz einbüßte, davon zeugt eine Mitteilung im parteiinternen Informationsblatt Ende September 1945, zu Beginn des Wahlkampfes: „Die Weisungen, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP oder Angehörige einer ihrer Wehrverbände nicht in die Partei aufgenommen werden können, behalten nach wie vor ihre Gültigkeit. Die Vertrauensmänner der Partei und jeder einzelne Werber sind ausdrücklich auf diese Tatsache aufmerksam zu machen.“<sup>(36)</sup> Auch als in diesem Monat eine große Werbeoffensive gestartet wurde, die der KPÖ allein in Wien 15.000 neue Mitglieder einbrachte,<sup>(37)</sup> waren ehemalige NationalsozialistInnen keine AdressatInnen ihrer Politik. Im Gegenteil: Es war vor allem dem Eintreten der KPÖ geschuldet, dass den NSDAP-Mitgliedern bei der ersten Nationalratswahl der Zweiten Republik am 25. November 1945 das aktive Wahlrecht entzogen wurde.<sup>(38)</sup>

### **Erleichterung der Aufnahme**

Nach den Novemberwahlen des Jahres 1945 zeichnete sich in internen Erörterungen eine gewisse Lockerung ab, musste doch parteiintern eingeschätzt werden, dass die harte Position der KPÖ zur „Nazifrage“ eine der Hauptursachen für das

schlechte Wahlergebnis war. Ungeachtet der differenzierten Position der Partei sei in der „vereinfachten Propaganda“ der Eindruck erweckt worden, „als ob wir alle Nazi ausrotten wollten“, so Johann Koplenig in einer ersten Wahlanalyse. Die KPÖ müsse deshalb dazu übergehen, „diejenigen früheren Nazis, die aus Kreisen der Arbeiter, Bauern, Angestellten, Intelligenz kommen, die ehrlich Lehren aus ihrer Vergangenheit ziehen wollen“, für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.<sup>(39)</sup> Dies stellte insofern eine Akzentverschiebung dar, als bisher nur jene „Ehemaligen“ als aufnahmewürdig galten, die bereits vor der Befreiung eine antifaschistische Haltung hatten erkennen lassen. Am 26. Februar 1946 beschloss das Sekretariat—die damalige operative Führung der Partei—schließlich, dass die Ansuchen jener einfachen NSDAP-Mitglieder, die „sich nichts zu Schulden kommen ließen“, von den Bezirksleitungen an die Landesleitungen überwiesen werden sollten, die hierauf—wie bereits bisher—über die Aufnahme zu entscheiden hatten. Von der zuständigen Sektion, Betriebszelle oder Ortsgruppe musste „in jedem einzelnen Falle eine Charakteristik über das Gesuch um Aufnahme eingeholt werden“.<sup>(40)</sup>

Franz Honner erschien ein solches Vorgehen auch deshalb notwendig, weil die anderen beiden Parteien ehemalige NationalsozialistInnen massenweise aufnehmen würden, überdies ohne jede Überprüfung. „Wir aber wollen uns doch jeden Nazi ansehen, bevor wir eine Aufnahme in unsere Partei beschließen“, so der stellvertretende Vorsitzende der Partei.<sup>(41)</sup> Dass es dabei tatsächlich nur um streng zu überprüfende Einzelfälle und nicht um eine „Werbekampagne“ unter früheren Nazis gehen konnte, belegt auch die Tatsache, dass bei der niederösterreichischen Landesleitung eine dreiköpfige Kommission zur Überprüfung der „Naziansuchen“ gebildet wurde, der Franz Honner als Landesobmann, sein späterer Stellvertreter und Nachfolger Robert Dubovsky sowie Walter Wachs angehörten—die Gesuche also auf der höchsten politischen Ebene und nicht von „SachbearbeiterInnen“ behandelt wurden.<sup>(42)</sup> Die am Wiener Landesparteitag im März 1946 vorliegenden Anträge zweier Bezirksorganisationen, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder erst nach einer zweijährigen Anwartschaft ordentliche Parteimitglieder werden könnten, wurden nicht beschlossen, zumal sie auch dem Statut der Partei widersprochen hätten, das keinen KandidatInnenstatus vorsah.<sup>(43)</sup>

Wenig von dieser gelockerten Haltung war allerdings in einem Rundschreiben der Wiener Stadtleitung an die Bezirke von Ende März 1946 zu vernehmen, wurde dort doch jener Personenkreis früherer NSDAP-Mitglieder, die für eine Aufnahme in die KPÖ in Frage kämen, nach wie vor sehr eng gefasst: Erwähnt wurden hier nur solche, die bereits in der Illegalität „wertvolle Dienste“ für die KPÖ geleistet oder den Nationalsozialismus direkt bekämpft hätten, überdies „unter Berücksichtigung der Entwicklung und Erfahrungen seit der Befreiung“, sowie jene, die „erzwungenermaßen“ der NSDAP beigetreten waren, ohne aus der Mitgliedschaft einen Vorteil zu ziehen und ohne sich aktiv für die Partei oder ihre Gliederungen zu betätigen. „Es kommt vor allem darauf an, in diesen Einzelfällen, denn auch weiterhin kann es sich nur um solche handeln, wie der Charakter der ehemaligen Nationalsozialisten, die sich jetzt um die Aufnahme bewerben, beschaffen ist, welches Ansehen diese Leute unter der Bevölkerung, im Betriebe und in erster Linie unter unseren Parteimitgliedern genießen“, so das Rundschreiben, womit eine Aufnahme für den Fall ausgeschlossen wurde, dass es in der Sektion oder im Betrieb, also in den untersten Parteieinheiten, Widerstände unter den Parteimitglie-

dern gibt. „Die Genossen müssen die Überzeugung bekommen, dass der Bewerber sich mit der Mitgliedschaft bei uns nicht vor irgendwelchen Folgen seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur NSDAP decken will, und [wir] müssen ihm klar zu verstehen geben, dass die Partei im Einzelfall nicht helfen kann und auch nicht helfen will, wenn er auf Grund seiner ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft Nachteile hat.“<sup>(44)</sup> Diese durchaus rigide Haltung mag auch vor dem Hintergrund überraschen, als angesichts der politischen Kräfteverhältnisse nach den Novemberwahlen und der beginnenden Ausgrenzung der KPÖ ohnehin kaum mehr davon auszugehen war, dass sich frühere NSDAP-Mitglieder allein aus Gründen eines persönlichen oder materiellen Vorteils um eine Aufnahme in die Partei bewerben.

Die gängige Praxis, Aufnahmegesuche ehemaliger NSDAP-Mitglieder durch die Landesleitungen überprüfen zu lassen, wurde erst Anfang 1948 vereinfacht, analog zu jener Initiative der KPÖ, mit der sie sich—angesichts der „immer noch ungelösten Nazifrage“—für eine Befreiung der MitläuferInnen von den Sühnefolgen aussprach, um eine Eingliederung der „Irreführten, Betrogenen und Willensschwachen“ in die Gesellschaft zu ermöglichen.<sup>(45)</sup> Die Beitrittsansuchen früherer NSDAP-Mitglieder sollten in Wien fortan nur noch von den zuständigen Bezirksleitungen und nicht mehr von der Stadtleitung überprüft werden,<sup>(46)</sup> d.h. die Grundorganisationen der Partei hatten die bei ihnen einlaufenden Mitgliedschaftsanträge nur noch der unmittelbar übergeordneten Leitung zur Überprüfung und Bestätigung vorzulegen. Es ist davon auszugehen, dass auch in den anderen Bundesländern zu dieser Zeit eine ähnliche Praxis Platz griff.

### **„Reinigung“ der Partei**

Ungeachtet dieser klaren Regelungen waren nicht nur 1945, sondern auch in den folgenden Jahren Maßnahmen gegen ehemalige NationalsozialistInnen erforderlich, die ihre Vergangenheit vor der KPÖ verschwiegen und damit politischen Schaden für die Partei angerichtet hatten. Mitte 1946 musste etwa die Bezirksleitung Horn in Niederösterreich von „Schleichhändlern, Nazi und sonstigen schädlichen Elementen [...] gründlich gesäubert“ werden.<sup>(47)</sup> Im Burgenland—so wurde parteiintern kritisiert—sien vereinzelt auch belastete NationalsozialistInnen aufgenommen worden.<sup>(48)</sup> So wurde im August 1946 der kommunistische Bürgermeister von Sauerbrunn und im September 1947 auch der Bezirksobmann der KPÖ Jennersdorf aus der Partei ausgeschlossen, u.a. wegen ihrer Aufnahmepraxis früherer NSDAP-Mitglieder.<sup>(49)</sup> Bei all diesen Beispielen handelte es sich um Einzelfälle und um Verstöße gegen die einschlägigen Beschlüsse der Partei, um Erscheinungen, die im Zusammenhang mit den Problemen des Parteaufbaus der Jahre 1945/46 und der darauffolgenden Konsolidierung zu sehen sind, und nicht um Symptome oder gar Belege dafür, dass „Ehemalige“ massenweise in die Partei geströmt waren.

Auch in den folgenden Jahren blieb die parteiinterne Seite des „Naziproblems“ stets eine Frage der „Reinigung“ und nicht der Werbung von früheren ParteigängerInnen der NSDAP. Jene KPÖ-Mitglieder, die falsche Angaben über ihre politische Vergangenheit gemacht und ihre Mitgliedschaft in der NSDAP verheimlicht hatten, wurden sogleich aus der Partei ausgeschlossen, worüber zahlreiche im Partear-

chiv der KPÖ dokumentierte Verfahren Zeugnis ablegen. Wie streng diese Regelung gehandhabt wurde, zeigt das Beispiel Karl Hans Heinz, der ab 1938 illegal für die KPÖ tätig war, 1945 stellvertretender Chefredakteur des *Neuen Österreich* wurde und im September 1946 aus der Partei ausgeschlossen wurde, nachdem der Verdacht auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP aufgekommen war.<sup>(50)</sup> Insgesamt war die NS-Vergangenheit einzelner Mitglieder einer der meistgenannten Ausschlussgründe der unmittelbaren Nachkriegsjahre. 1948 war diese „Säuberung“ im Wesentlichen abgeschlossen.

Am 2. Wiener Landesparteitag im April dieses Jahres wurde als Hauptgrund für die 70 seit 1946 erfolgten Parteiausschlüsse mit politischem Hintergrund die Tatsache angeführt, dass die überwiegende Mehrzahl von ihnen ihre Mitgliedschaft in der NSDAP verheimlicht hatte.<sup>(51)</sup> Bis 1951 wurden in Wien und Niederösterreich nur noch 14 Mitglieder „wegen Verheimlichung der Vergangenheit“ aus der Partei ausgeschlossen.<sup>(52)</sup>

Vor diesem Hintergrund spielten ehemalige NSDAP-Mitglieder auch im öffentlichen Erscheinungsbild der KPÖ keine Rolle. Während neuere Untersuchungen unter 1.021 führenden FunktionärInnen der SPÖ insgesamt 105 frühere Angehörige der NSDAP zu Tage brachten (10,3 Prozent),<sup>(53)</sup> lässt sich weder in den leitenden Gremien der KPÖ noch in den Redaktionen oder in sonstigen führenden Positionen im KPÖ-Umfeld ein „Ehemaliger“ nachweisen. Als „prominentere“ Parteimitglieder zu nennen wären allenfalls der 1953 wieder aus der KPÖ ausgetretene Komponist Joseph Laska oder der Lilienfelder Bezirkshauptmann Franz Starka, denen es jedoch gelang, ihre Mitgliedschaft in der NSDAP zu verschweigen und die beide in der NS-Zeit wegen antifaschistischer Betätigung inhaftiert gewesen waren. KPÖ-Mitglieder wie der oberösterreichische Komponist Franz Kinzl (ab 1933 NSDAP-Mitglied, 1938–1945 Landesleiter der Reichsmusikkammer Oberdonau), der Schriftsteller und Redakteur der oberösterreichischen KPÖ-Zeitung *Neue Zeit* Arnolt Bronnen (NS-Sympathisant, aber kein NSDAP-Mitglied) oder der spätere *Volksstimme*-Redakteur Walter Truger (1938–1941 Mitglied der—nicht registrierungspflichtigen—HJ) wiederum sind weniger als Beispiele opportunistischen Anpassertums denn vielmehr als solche einer glaubwürdigen inneren Wandlung und erfolgreichen Gewinnung für den demokratischen Wiederaufbau zu werten.

Dies gilt auch für den Bauernfunktionär Andreas Kirschhofer (1934–1939 NSDAP-Mitglied) und den Journalisten der *Österreichischen Zeitung* Walther Staudacher (NSDAP-Mitglied bis 1943), die beide bereits vor ihrer Rückkehr nach Österreich in der Antifa-Bewegung in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern aktiv waren.

### **Im Parteiauftrag in die NSDAP**

Einen Sonderfall stellen jene KommunistInnen dar, die teilweise bereits vor 1938 und verstärkt nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Auftrag der KPÖ in die NSDAP „geschickt“ wurden, um dort auf Grundlage von Weisungen der Partei illegale Arbeit zu verrichten. Bereits im Mai 1945 wurde von Johann Kopenig festgehalten, dass diese GenossInnen von der grundsätzlichen Richtlinie, wonach ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht in der KPÖ Aufnahme finden

könnten, auszunehmen seien.<sup>(54)</sup> Sie erfuhren damit zwar in ihren Rechten als KPÖ-Mitglieder keine Einschränkung, es war jedoch bis 1947 nicht möglich, sie von den Rechtsfolgen auszunehmen, die sich aus der Entnazifizierungsgesetzgebung ergaben. Als problematisch erwies sich bereits ihre beabsichtigte Streichung aus den Registrierungslisten, die infolge der Bestimmungen des Verbotsgesetzes angelegt werden mussten: So wurden zwar jene acht Straßenbahner, die einer illegalen KPÖ-Zelle im Bahnhof Hernals angehört hatten und die im Juli 1945 von der Gemeinde Wien wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft ohne Bezüge entlassen wurden, zunächst zur Entregistrierung vorgeschlagen. Nachdem durch die hohe Anzahl der Nachsichtsgesuche das Verbotsgesetz jedoch ad absurdum geführt wurde, sprach sich auch die KPÖ im Verlauf der Länderkonferenzen im Herbst 1945 gegen individuelle Entregistrierungen und für eine Neuregelung des Verbotsgesetzes aus.<sup>(55)</sup>

In den darauffolgenden Parteienverhandlungen über das im Juli 1946 beschlossene Nationalsozialistengesetz gelang jedoch keine Einigung über eine Entregistrierung der im Parteiauftrag in die NSDAP Entsendeten. Da die KPÖ befürchtete, dass „unter diesem Titel wahrscheinlich Tausende von den anderen Parteien rehabilitiert“ werden könnten, schlug sie zur Vermeidung eines solchen Missbrauchs vor, dass die Entsendung in die NSDAP mit der Unterschrift des jeweiligen Vorsitzenden der drei demokratischen Parteien bestätigt werden müsse. Dagegen wiederum meldeten ÖVP und SPÖ ihren Einspruch an, weshalb das Gesetz keinerlei Regelungen über diesen Personenkreis enthielt.

Man einigte sich vielmehr darauf, dass jene Personen, die nachweisbar im Auftrag einer Partei in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen entsendet wurden, zwar nicht von der Registrierungspflicht auszunehmen seien, aber auf dem Wege eines Gnadengesuches an den Bundespräsidenten von den im NS-Gesetz vorgesehenen Rechtsfolgen befreit werden sollten.<sup>(56)</sup>

Insgesamt handelte es sich dabei seitens der KPÖ um 45 Fälle, in denen mit Sicherheit feststand, dass eine Entsendung in die NSDAP im Parteiauftrag erfolgt war.<sup>(57)</sup> Der bekannteste von ihnen ist wohl der spätere Rechtsanwalt Fritz Hanacik, Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes seit 1934, der im Juli 1938 im Auftrag der KPÖ der NSDAP beitrug, im Dezember 1939 aufgrund seiner illegalen politischen Arbeit verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.<sup>(58)</sup> Nachdem im Februar 1947 das Verbotsgesetz im Zweiten Nationalsozialistengesetz seine definitive Gestalt erhielt, richteten die betroffenen KPÖ-Genossen mit Unterstützung der Wiener Stadtleitung Gesuche an den Bundespräsidenten, gemäß § 27 VG von den Bestimmungen der Artikel 3 und 4 und den im Gesetz enthaltenen Sühnefolgen ausgenommen zu werden.<sup>(59)</sup> Im März 1947 verfügte schließlich der Wiener Bürgermeister Theodor Körner die Wiedereinstellung der 1945 außer Dienst gestellten kommunistischen Straßenbahner, nachdem die KPÖ beim Gewerbegericht Klage eingereicht hatte.<sup>(60)</sup> Ähnliche Gesuche betrafen Bedienstete der Wiener Post- und Telegraphendirektion Wien, die von der illegalen KPÖ in die NSDAP entsandt worden waren.<sup>(61)</sup>

### **„Ehemalige“ als KPÖ-Mitglieder**

Zwei Zahlen geben konkreten Aufschluss darüber, wie viele frühere NSDAP-Mitglieder auf Grundlage des oben ausgeführten Reglements tatsächlich Aufnahme in die KPÖ fanden. Zunächst haben sich sämtliche Aufnahme gesuche von „Ehemaligen“—Parteimitgliedern und ParteianwärterInnen—die bei der Wiener Stadtleitung einlangten und letztlich von dieser positiv behandelt wurden, im Parteiarchiv der KPÖ erhalten, zusammen mit den befürwortenden Stellungnahmen der jeweiligen Sektion und Bezirksleitung. Eine Auflistung dieser Anträge aus dem Jahr 1947 für die damaligen Wiener Bezirke 1 bis 22 und 25 (Liesing) umfasst 267 Namen.<sup>(62)</sup> Die Tatsache, dass die Bezirksleitung Leopoldstadt allein im Juli 1945 drei Namenlisten mit insgesamt 133 BewerberInnen vorgelegt hatte,<sup>(63)</sup> mit Stand von 1947 jedoch nur 17 Ansuchen in diesem Bezirk positiv erledigt worden sind, zeugt von der außerordentlich hohen Ablehnungsquote. Aufnahmeansuchen früherer NSDAP-Mitglieder wurden also—wie in den oben skizzierten Richtlinien vorgesehen—tatsächlich nur in begründeten Ausnahmefällen akzeptiert. Auch auf den Aufnahmeanträgen ehemaliger NationalsozialistInnen in Krems, die mit Fragebögen und Lebensläufen an die niederösterreichische Landesleitung weitergeleitet wurden und die von der dortigen Bezirksleitung in jüngerer Vergangenheit an das Parteiarchiv abgegeben wurden, findet sich in den meisten Fällen der handschriftliche Vermerk „nicht aufgenommen“.

Als authentisch anzunehmen ist auch die Anzahl von 919 früheren NSDAP-Mitgliedern, die mit Stand vom 1. Jänner 1947 der KPÖ als Mitglied angehörten, wurde diese Zahl doch für parteiinterne Zwecke erhoben.<sup>(64)</sup> Dies bedeutete einen prozentuellen Anteil von 0,6 Prozent der damaligen Gesamtmitgliedschaft (152.182)—eine Ziffer, die nur durch die in dieser Statistik fehlenden Zahlen aus Oberösterreich und Salzburg anzupassen wäre. Geht man von insgesamt knapp 700.000 NSDAP-Mitgliedern in Österreich aus, so fanden von diesen—legt man die Angabe vom 1. Jänner 1947 zu Grunde—nur etwas mehr als 0,1 Prozent ihren Weg in die KPÖ. Selbst wenn man die zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend abgeschlossene „Reinigung“ der KPÖ von jenen Nazis in Rechnung stellt, die sich 1945 in die Partei „eingeschlichen“ hatten, so bleibt dennoch kein Spielraum für die eingangs zitierten Wahrnehmungen sowohl bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker als auch der westlichen Geheimdienste, wonach die KPÖ ihren Mitgliederstand auf den geradezu massenhaften Zustrom ehemaliger Nazis aufgebaut habe. Diese Zeugnisse sagen mehr über jene aus, die sie erstellten, als über die von ihnen in den Blick genommene KPÖ. Sie sind damit vor allem eines: hervorragende Quellen für die Wahrnehmungsebene von Männern der „Wiener Gesellschaft“ des Jahres 1945, die innerhalb weniger Tage einzelne Vorkommnisse und Gerüchte zu einem allgemeinen Befund aufwerteten. Die zahlreichen Geheimdienstberichte über die angeblichen Massen von NS-MitläuferInnen in der KPÖ wiederum verdeutlichen, wie sehr im Umgang mit nachrichtendienstlichen Beobachtungen über kommunistische Parteien Quellenkritik angebracht ist.

Allfällige Spekulationen über eine massenhafte Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die KPÖ erledigen sich auch vor dem Hintergrund der politischen Kultur und Organisationssoziologie der Partei. Ungeachtet des Massencharakters der KPÖ in der unmittelbaren Nachkriegszeit bildeten stets bewährte AntifaschistInnen das Rückgrat der Partei: zum kleineren Teil „alte“ KommunistInnen, die bereits vor 1934 der Partei angehörten, zum größeren ehemalige sozialdemokrati-

sche ParteifunktionärInnen, die nach dem Februar 1934 zur KPÖ gestoßen waren. Die meisten von ihnen wurden in den folgenden Jahren ins Exil getrieben, leisteten Widerstand im Lande, wurden in nationalsozialistischen Konzentrationslagern interniert oder zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Selbst wenn man den hierarchischen Aufbau der KPÖ und die für alle Leitungen und Mitglieder verbindlichen Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ berücksichtigt, wäre eine von der Parteiführung forcierte Anwerbung früherer NSDAP-Mitglieder den durch Widerstand, Verfolgung und Exil geprägten Parteikadern schwer zuzumuten gewesen. Deren Erfahrungen in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur blieben auch nach 1945 für ihren Umgang mit den MitläuferInnen der Nazibewegung prägend.

An der Parteibasis waren nach der Befreiung Österreichs sogar Stimmungen, die auf eine radikale Abrechnung mit allen NationalsozialistInnen abzielten, alles andere als unpopulär, und die von der Parteiführung verfolgte Differenzierung zwischen „großen“ und „kleinen“ Nazis rief in den eigenen Reihen einigen Widerstand hervor.<sup>(65)</sup> Die „zornlodernden Antifaschisten“ seien schwer davon zu überzeugen, „zwischen den eingefleischten Naziverbrechern und den kleinen Mitläufern“ einen Unterschied zu machen, hielt etwa Ernst Fischer fest.<sup>(66)</sup> Die Vorstellung, dass die KommunistInnen in den unteren Parteieinheiten, in den Sektionen und Betriebszellen, mit jenen NachbarInnen und ArbeitskollegInnen, die in der NS-Zeit durch das Tragen des Parteiabzeichens aufgefallen waren, im Jahr 1945 zur gemeinsamen politischen Arbeit schritten, kann nur als abwegig eingeschätzt werden. Eine solche Orientierung hätte die völlige Desintegration der organisationspolitisch ohnehin mit zahlreichen Problemen konfrontierten Parteistrukturen zur Folge gehabt. Symptomatisch für die an der Basis dominierende Stimmung ist auch, dass Friedl Fürnberg noch Anfang 1947—als sich bereits eine gelockerte Haltung gegenüber den Aufnahmegesuchten früherer NSDAP-Mitglieder abzeichnete—im Rahmen einer Plenartagung des Zentralkomitees immer noch von „Funktionären und Mitgliedern in den unteren Organisationen“ zu berichten wusste, die „sich nach wie vor scheuen“, überhaupt „Ehemalige“ an die Partei heranzuführen.<sup>(67)</sup>

In Betracht zu ziehen ist auch, dass in den Wochen und Monaten nach der Befreiung Österreichs eine schwer überschaubare Anzahl an Berichten unterer Parteieinheiten bei den Bezirksleitungen, Landesleitungen und beim Zentralkomitee einlangte, in denen sich die verschiedensten Probleme des Parteaufbaus spiegelten. Ein Gesichtspunkt wurde aber in keinem dieser Schreiben angeführt: dass ehemalige NationalsozialistInnen in einer Parteieinheit eine entscheidende Rolle spielen würden. Ähnlich aufschlussreich ist die Tatsache, dass in den nunmehr zugänglichen Berichten sowjetischer Stellen über die Entwicklung der KPÖ<sup>(68)</sup> der angebliche Massenzustrom früherer NSDAP-Mitglieder mit keinem Wort Erwähnung findet, obwohl ein solcher Gesichtspunkt den sowjetischen Autoritäten gewiss nicht als bemerkenswert entgangen wäre.

Ebenso wenig wird es als Zufall zu interpretieren sein, dass die angeblich unübersehbare Präsenz der „Ehemaligen“ im Parteileben in keinem einzigen der zahlreich vorliegenden autobiographischen Zeugnisse damaliger kommunistischer ParteigängerInnen eine Rolle spielt. Selbst in den Erinnerungen später ausgeschlossener bzw. ausgetretener KommunistInnen, die problemorientiert an die Nach-

kriegspolitik der KPÖ herangingen, ist von umfangreichen Aufnahmen früherer NSDAP-Mitglieder keine Rede.

Auf offensichtlicher Missinterpretation bzw. nicht korrekter Wiedergabe von Quellen beruhen auch zwei in der wissenschaftlichen Literatur anzutreffende Äußerungen über die einige Jahre später erfolgte Aufnahme ehemaliger NationalsozialistInnen in die KPÖ im Kontext der „Nationalen Liga“ (NL).

Diese im Jänner 1950 gegründete Organisation wurde von der Partei als Möglichkeit genutzt, um Kreise ehemaliger NationalsozialistInnen zu beeinflussen und den VdU zu schwächen bzw. zu spalten. Durch nichts zu belegen ist aber die Behauptung von Wolfgang Mueller in seiner Studie über die sowjetische Besatzungsmacht, wonach die KPÖ in diesem Zuge „zum Teil prominente Nationalsozialisten“ in die Partei aufgenommen habe.<sup>(69)</sup> Im als Beleg genannten Beitrag von Fritz Keller lässt sich eine entsprechende Aussage jedenfalls weder im Text noch in den von ihm zitierten Quellen nachweisen,<sup>(70)</sup> und es ist wohl auch kein Zufall, dass keiner von diesen angeblich „prominenten Nationalsozialisten“ mit Namen genannt wird. Als wenig wahrscheinlicher Zusammenhang ist auch anzusehen, dass diese „prominenten Nationalsozialisten [...] im Gegenzug dazu die Resolutionen des kommunistisch dominierten ‚Österreichischen Friedensrates‘“ unterstützt hätten, waren doch solche friedenspolitischen Initiativen aus KPÖ-Sicht einzig und allein in bündnispolitischer Hinsicht von Interesse. Die Integration dieser „Ehemaligen“ in die Partei hätte hingegen deren Repräsentativität und Ausstrahlungskraft im Rahmen der Friedensbewegung ad absurdum geführt. Ebenso wenig plausibel erscheint die auf einen sowjetischen Bericht gestützte angebliche Aufnahme von 120 Mitgliedern der NL in die KPÖ im August 1950,<sup>(71)</sup> wenige Monate nach ihrer Gründung—war doch die NL der Versuch eines Transmissionsriemens, um die breite Masse der MitläuferInnen im Sinne der KPÖ-Politik beeinflussen zu können, und kein organisatorischer Rahmen, um kommunistisch gesinnte „Ehemalige“ zu gewinnen. Es wäre überdies ein seltsamer „Deal“ gewesen, bündnispolitische Erfolge wie die Unterstützung des Friedensrates durch „Ehemalige“ durch deren unmittelbaren Beitritt zur KPÖ gleich wieder zunichte zu machen. Die NL wäre in diesem Fall noch stärker als (krypto)kommunistisch und als Instrument der KPÖ denunziert worden, als dies ohnehin der Fall war. Mit einer solchen Strategie hätte sich die Partei dieses Transmissionsriemens geradezu beraubt.

Tatsächlich fand ein Kadertransfer in die gegensätzliche Richtung statt, etwa in Gestalt des bereits genannten Walter Truger, der bis 1955 als stellvertretender Bundesobmann der NL fungierte.

Zu korrigieren ist auch der in der Forschungsliteratur anzutreffende Befund, dass die NL im Juni 1955 ihre Mitglieder „indirekt“ zum Beitritt zur KPÖ aufgerufen habe,<sup>(72)</sup> ist doch in der angeführten zeitgenössischen Belegstelle—vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt erfolgten Auflösung der Organisation—nur vom gemeinsamen Kampf der NL-Anhänger „mit fortschrittlichen Kräften für die Sicherung der Unabhängigkeit und eine gerechte, soziale Neuordnung“ die Rede<sup>(73)</sup>—eine Formulierung ganz in der Rhetorik der allgemeinen bündnispolitischen Orientierung der KPÖ. Offen bleibt auch die Frage, welchen Nutzen sich beide Seiten—also sowohl KPÖ als auch die wenigen Hundert NL-Mitglieder—von einem solchen Schritt hätten versprechen sollen.

## Resümee

Das „Naziproblem“ stand in der unmittelbaren Nachkriegszeit geradezu im Mittelpunkt der Politik der KPÖ. War bereits die grundsätzliche Haltung der Partei von einer Differenzierung zwischen nationalistischen Hauptverbrechern und MitläuferInnen geprägt, spiegelte sich dies letztlich auch im Umgang mit den Aufnahmegesuchen ehemaliger NSDAP-Mitglieder wider. Ihnen sollte in begründeten Einzelfällen die Mitgliedschaft nicht verweigert werden, etwa wenn sich der Beitrittswerber bereits in der NS-Zeit antifaschistisch betätigt hatte, was seitens der KPÖ genauestens überprüft wurde. Sämtliche KPÖ-internen Quellen belegen, dass die KPÖ-Führung keinerlei Anstrengungen unternahm, frühere Mitglieder der NSDAP gezielt für die Partei zu werben, sondern sie allein mit entsprechenden Beschlüssen und Weisungen an die unteren Parteigliederungen auf den Beitrittswillen einzelner „Ehemaliger“ zu reagieren versuchte. Auch die durch Primärquellen belegten Zahlen über die in den Jahren 1945 bis 1947 aufgenommenen früheren NSDAP-Mitglieder lassen keinen Spielraum für die oft zitierten Zeugnisse bürgerlich-konservativer Kreise, die über einen Massenzustrom ehemaliger NationalsozialistInnen zur KPÖ Auskunft gaben. Die von ihnen wiedergegebenen Gerüchte und die vagen Informationen geheimdienstlicher Provenienz sind jener Stoff, aus dem die Legende von den „Nazis in der KPÖ“ gestrickt wurde.

[Anmerkungen:

1. Manfred Mugrauer und Oliver Rathkolb sind prominente Mitglieder der KPÖ.
2. Die neodeutsche/gegenderte Schreibweise wurde beibehalten, als typisches Beispiel ideologischer Sprachgestaltung.]

---

(1) Z.B. Günter Bischof, *Austria in the First Cold War. 1945–55. The Leverage of the Weak*, Basingstoke–New York 1999, 58.

(2) Josef Schöner, *Wiener Tagebuch 1944/45*, Wien–Köln–Weimar 1992 [= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 83], 216.

(3) Ebenda, S. 228; „Ich bestelle Sie hiemit zur Leitung des Außenamtes...“ *Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1945*, hrsg. v. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien 2010, 58.

(4) Schöner, *Wiener Tagebuch*, 290 (Eintrag vom 13.6.1945).

(5) Alois Brusatti, *Zeuge der Stunde Null. Das Tagebuch Eugen Margaréthas 1945–1947*, Linz 1990, 115 (Eintrag vom 18.8.1945).

(6) Stenographisches Protokoll. 34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 4.12.1946, 844.

(7) O.P. [Oscar Pollak], *Die Partei des schlechten Gewissens*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14.1.1948, 1 f., hier 2; ders., *Die neuen Bundesgenossen*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14.5.1950, 1 f., hier 1.

(8) OSS-Report von Charles W. Thayer, 14.7.1945, Subject: *Observations on the Present Political Situation in Vienna*, in: Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik*. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung, Wien–Köln–Graz 1985, 283–288, hier 288.

(9) Memorandum, 2.8.1945, Subject: *Observations on the Austrian Underground*, in: Reinhold Wagnleitner (Hrsg.), *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz*.

---

Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948, Salzburg 1984 [= Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4], 24 ff., hier 26.

(10) T.J.W. Winterton an Richard L. McCreery, Report on British Mission to Vienna, 3.–13. 6. 1945, in: Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger, Die „Vienna Mission“ der Westalliierten im Juni 1945. Eine Dokumentation, in: Studien zur Wiener Geschichte. *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien*, Bd. 50, Wien 1994, 317–412, hier 379.

(11) Report No. B–2811, 15.6.1945, Subject: Situation in Vienna, in: Siegfried Beer, *Wien in der frühen Besatzungszeit*. Erkundungen des US-Geheimdienstes OSS/SSU im Jahr 1945. Eine exemplarische Dokumentation, in: Studien zur Wiener Geschichte. *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien*, Bd. 51, Wien 1995, 35–92, hier 47–49 (Zitat 49).

(12) Vgl. Josef Leidenfrost, Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947, Diss., Univ. Wien, 1986, 502.

(13) Vgl. Alfred Ableitinger, *Politik in der Steiermark*, in: Ders. / Dieter A. Binder (Hrsg.), Steiermark. Die Überwindung der Peripherie, Wien–Köln–Weimar 2002 [= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 7], 1–125, hier 56.

(14) OSS-Report von Edgar N. Johnson, Paul R. Sweet, Leonard J. Hankin, 27.8.1945, Subject: Interview with Dr. Heinz Dürmayer, Chief of the Austrian Political Police; Privatarchiv Sweet, in: Rathkolb (Hrsg.), *Gesellschaft und Politik*, 151.

(15) So die Fehlinterpretation bei Leidenfrost, Besatzungsmacht, 506.

(16) Memorandum, 2.8.1945, Subject: Observations by State Secretary Ernst Fischer, in: Wagnleitner, *Understanding Austria*, 21 ff., hier 22.

(17) Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien (IfZ), Bestand Oliver Rathkolb, OSS, RG 226, XL 16.896, Lewis C. Paterson: Vienna R & A Field Report Nr. 10, 1.9.1945, Subject: Interview with Friedl Fürnberg, 3.

(18) IfZ, Bestand Oliver Rathkolb, USFA, Special Report Nr. 1, 5.9.1945, NA, XL 17720, 17 f.

(19) Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fürnberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934), hrsg. v. Zentral-Komitee der KPÖ, Wien 1946, 25.

(20) Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Bezirksleitung der KPÖ Neubau an das Sekretariat der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 10.10.1945; Wiener Stadt- und Landesarchiv, Historische Kommission 1945, Nr. 240 (Leopold Lausch), Plakat der KPÖ Neubau, o.D. [Oktober 1945].

(21) ZPA der KPÖ, Referat von Josef Meisel über Organisationsfragen am 1. Landesparteitag der KPÖ Niederösterreich am 23./24.3.1946, 3.

(22) ZPA der KPÖ, Org.-Bericht der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 16.9.1946, 1, 6.

(23) J. [Jenö] Kostmann, Der Mitläufer des Nazismus und sein Weg zurück, in: Österreichisches Tagebuch, Nr. 18, 3.8.1946, 3 f., hier 3.

(24) Ernst Fischer, Das brennende Naziproblem. Der Widerhall unseres ersten Artikels, in: *Neues Österreich*, 20.6.1945, 2.

(25) So wurde in den Richtlinien der KPD für den Parteaufbau festgelegt, dass frühere Mitglieder der NSDAP nicht Mitglied der KPD werden konnten. Diese Regelung wurde erst 1947/48 schrittweise gelockert. Siehe dazu: Till Kössler, *Abschied von der Revolution*. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005 [= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 143], 79 ff.

(26) ZPA der KPÖ, Protokoll der 2. Bezirksleiterkonferenz der KPÖ Wien am 23.4.1945, 1.

(27) ZPA der KPÖ, Protokoll der Versammlung der KPÖ Pottschach, 7.5.1945.

(28) Abgedruckt in ZPA der KPÖ, Mitteilungsblatt der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Nr. 4, 10.6.1945, 7.

(29) ZPA der KPÖ, Mitteilungsblatt der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Nr. 5, 5.6.1945, 4. Die ungewöhnliche Nummerierung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Nr. 4 später als geplant erschienen ist.

(30) ZPA der KPÖ, Org.-Abteilung der Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitung der KPÖ Hietzing, 8.8.1946.

(31) ZPA der KPÖ, Beschlüsse der Wiener Stadtleitung, 9.7.1945, 1 f; sowie Rundschreiben der Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitungen, 2. u. 6.8.1945.

(32) ZPA der KPÖ, Mitteilungsblatt der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Nr. 8. Diese Aufstellungen haben sich—sofern sie überhaupt je angefertigt wurden—im Parteiarchiv der KPÖ nicht erhalten.

- 
- (33) ZPA der KPÖ, Gebietsleitung der KPÖ Neu-Lainz an die Bezirksleitung der KPÖ Hietzing, 12.10.1945.
- (34) ZPA der KPÖ, Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitung der KPÖ Hietzing, 19.6.1945.
- (35) ZPA der KPÖ, Org.-Abteilung der Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitung der KPÖ Hietzing, 20.10.1945.
- (36) Plan für die Werbeoffensive der Wiener Organisation, in: *Information*, Nr. 4, 25.9.1945, 21 ff., hier 23.
- (37) Die Partei des Volkes ruft. Große Werbeoffensive der Kommunistischen Partei im Oktober, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.9.1945, 1 f.; 15.000 neue Mitglieder, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.11.1945, 1.
- (38) Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner, Innsbruck–Wien–Bozen 2006, 224–227.
- (39) ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, 4, 9.
- (40) ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 26.2.1946, 3.
- (41) ZPA der KPÖ, Schlusswort von Franz Honner am 1. Landesparteitag der KPÖ Niederösterreich, 23./24.3.1946, 4 f.
- (42) ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 24.6.1946, 4.
- (43) ZPA der KPÖ, Berichte und Anträge zum Wiener Landesparteitag der Kommunistischen Partei Österreichs am 9./10.3.1946.
- (44) ZPA der KPÖ, Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitungen, 27./28.3.1946.
- (45) Nur im Kampf gegen die Reaktion kann die Nazifrage gelöst werden. Die Kommunisten zeigen den Weg, um diese Frage endgültig aus der Welt zu schaffen—Eine Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ, in: *Österreichische Volksstimme*, 24.1.1948, 1 f., hier 1.
- (46) ZPA der KPÖ, Rundschreiben der Wiener Stadtleitung der KPÖ an die Bezirksleitungen, 8.3.1948.
- (47) ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 24.6.1946, 2.
- (48) ZPA der KPÖ, Tätigkeitsbericht der KPÖ Burgenland von März 1946 bis Jänner 1947, 8.
- (49) Vgl. ZPA der KPÖ, KPÖ Sauerbrunn an die Kaderabteilung des Zentralkomitees der KPÖ, 23.9.1946; Sekretariat der Landesleitung der KPÖ Burgenland an Julius Striny, 26.9.1947; Roman Schnödl, „Nazis Raus?“ Die politischen Parteien und die Entnazifizierung im Burgenland, in: *befreien—besetzen—bestehen. Das Burgenland von 1945–1955*, Eisenstadt 2005 [= Burgenländische Forschungen, Bd. 90], 109–138, bes. 127–134, hier 133.
- (50) Heinz wurde im Dezember 1947 vom Volksgericht Wien vom Vorwurf des Registrierungs Betrugs freigesprochen (Der Prozeß Karl Hans Heinz, in: *Arbeiter-Zeitung*, 19.12.1947, 3).
- (51) Die übrigen 109 Ausschlüsse erfolgten wegen krimineller Delikte (ZPA der KPÖ, Material der Org.-Abteilung der Wiener Stadtleitung für die Delegierten des 2. Wiener Landesparteitages der KPÖ am 2.–4.4.1948, 7).
- (52) Material zum XV. Parteitag November 1951, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ, o.O. [Wien] o.J. [1951], 55.
- (53) Doris Sottopietra/Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung, in: Maria Mesner (Hrsg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg*. Das Beispiel der SPÖ, Wien–München 2005, 266–334, hier 274.
- (54) Vgl. ZPA der KPÖ, Mitteilungsblatt der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Nr. 4, 10.6.1945, 7.
- (55) Mugrauer, Die Politik der KPÖ, 168 f.
- (56) Vgl. ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Büro der Landtags- und Gemeinderatsfraktion, 5.4.1946, 1 f.
- (57) Vgl. ZPA der KPÖ, Beschluss der Sitzung des Wiener Büros der KPÖ am 8.10.1946.
- (58) ZPA der KPÖ, Kaderabteilung des Zentralkomitees der KPÖ an die Org.-Abteilung der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 5.12.1946.
- (59) Vgl. ZPA der KPÖ, Stadtleitung der KPÖ Wien an..., 5.3.1947, Betr.: Ansuchen um Ausnahme von den Folgen der Mitglieds- bzw. Anwartschaft zur NSDAP oder SA; sowie ein exemplarisches Schreiben an den Bundespräsidenten, 13.5.1947.

- 
- (60) Vgl. ZPA der KPÖ, Büro der Landtags- und Gemeinderatsfraktion an Karl Altmann, 12.3.1947.
- (61) ZPA der KPÖ, Wiener Stadtleitung der KPÖ an das Bundesministerium für Verkehr, 22.4.1947, Betr.: Entsendung von Bediensteten der Post- und Telegraphendirektion durch unsere illegalen Parteiorganisationen in die NSDAP.
- (62) ZPA der KPÖ, Aufnahme ehemaliger NSDAP Mitglieder in die Kommunistische Partei Österreichs, o.D. [1947]. Die damaligen Wiener Bezirke 23 (Schwechat), 24 (Mödling) und 26 (Klosterneuburg) waren Teil der niederösterreichischen Landesorganisation der KPÖ.
- (63) ZPA der KPÖ, Bezirksleitung der KPÖ Leopoldstadt an die Stadtleitung der KPÖ Wien, 5.7.1945 u. 19.7.1945.
- (64) ZPA der KPÖ, Bericht über die Entwicklung der Partei vom [13.] Parteitag [1946] bis zum 1.1.1947, 3.
- (65) Vgl. Memorandum, 2.8.1945, Subject: Observations by State Secretary Ernst Fischer, in: Wagnleitner (Hrsg.), *Understanding Austria*, 21 ff., hier 23.
- (66) Fischer, Das brennende Naziproblem.
- (67) ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. Plenums des Zentralkomitees der KPÖ am 17.1.1947, Schlusswort von Friedl Fürnberg, 15.
- (68) Wolfgang Mueller/Arnold Suppan/Norman M. Naimark/Gennadij Bordjugov (Hrsg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955*. Dokumente aus russischen Archiven, Wien 2005 [= *Diplomatia et Acta*, Bd. 93].
- (69) Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission, Wien–Köln–Weimar 2005, 214–219, hier 215.
- (70) Fritz Keller, Stalinistischer Populismus—Die Nationale Liga, in: Anton Pelinka (Hrsg.), *Populismus in Österreich*, Wien 1987, 110–122, hier 111, 113. Die von Keller an geführten Quellen geben allein über Gespräche von Ernst Fischer mit ehemaligen HJ-Führern um Ludwig Jedlicka im Herbst 1946 Auskunft, über angebliche „Verhandlungen“ des oberösterreichischen Landesobmanns der KPÖ Franz Haider mit einem Ex-NSKK-Obersturmführer im Jahr 1949, über die Tatsache, dass „Ex-Nazis“ 1949 eine Resolution des „Österreichischen Friedensrates“ unterzeichneten, sowie über Vorgänge rund um die Konstituierung des Betriebsrats im Kraftwerk Kaprun im Jänner 1952, nachdem der VdU dort die Mehrheit errungen hatte. Die von der VdU-Zeitung *Neue Front* in die Welt gesetzte zeitgenössische Lüge, dass der 1944 in der Sowjetunion in Kriegsgefangenschaft geratene General Fritz Franek die Leitung des Werkschutzes der sowjetischen Betriebe in Österreich innegehabt hätte, wird an dieser Stelle von Keller zur historischen Wahrheit erhoben.
- (71) Mueller, *Die sowjetische Besatzung*, 215.
- (72) Keller, *Stalinistischer Populismus*, 116; Christian Klösch, Das „nationale Lager“ in Niederösterreich 1918–1938 und 1945–1996, in: Stefan Eminger/Ernst Langthaler (Hrsg.), *Niederösterreich im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Politik, Wien–Köln–Weimar 2008, 564–600, hier 591.
- (73) Bekenntnis zu Österreich, in: *Österreichischer Beobachter*, 6. Jg., Nr. 13, 30.6.1955, Sonderausgabe, 1.